

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Band: 29 (1935)
Heft: 6

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Rundschau

Zur Chronik.

I. *Weltpolitik.* 1. die revolutionäre und konterrevolutionäre Bewegung in Europa.

In *Griechenland* tritt die monarchistische Bewegung zugunsten der Wiedereinsetzung des vertriebenen Herrscherhauses (zweifelhafter Güte!) stärker hervor. Der einflußreiche Admiral Kondylis steht zu ihr. Soeben erfolgte, besser gesagt: *gemachte* Wahlen haben selbstverständlich die Regierung glänzend bestätigt. Welche weltpolitischen Beziehungen stehen dahinter? Etwa die Hinwendung zu Deutschland? Die Verbesserung des Verhältnisses zu Bulgarien? Die Störung der Balkan-Entente und der Kleinen Entente in diesem Sinne? Hätte also Venizelos doch eine *Sache* gehabt, und zwar eine gute? Oder liegt alles anders?

In *Jugoslawien* hat die Opposition, die serbische wie die kroatische und die der andern Minderheiten, beschlossen, nicht an den Parlamentsverhandlungen teilzunehmen, weil sie sich offenbar durch die Wahlmacht der Regierung stark vergewaltigt fühlte.

Ungarn hat nun auch, das italienische Vorbild nachahmend, das korporative System eingeführt, natürlich auch nur zur Stützung der Reaktion.

In *Spanien* hat sich die Beteiligung der agrarisch-klerikalen Reaktion an der Regierung u. a. in der ungeheuerlichen Verurteilung des ehemaligen Präsidenten des autonomen Katalonien, Companys, und seiner Genossen zu dreißig Jahren Zuchthaus geführt. Die werden ja freilich nur zum kleinsten Teil abgefessen werden.

In *Irland* soll es, nach Baldwins Initiative, zu einem Friedensschluß mit England auf wirtschaftlicher Grundlage, d. h. zu einer Beendigung des Wirtschaftskrieges kommen. De Valera lehnt den Gedanken, daß Irland je ein Stützpunkt für einen Angriff auf England werden könnte, wie ihn während des Weltkrieges Casement plante und ihn ohne Zweifel gewisse Görings planen, mit Entrüstung ab. Gewiß ehrlicher Weise.

Im *Südtirol* hat die italienische Tyrannei, offenbar zur Beschwichtigung der zeitweilig durch die Nationalsozialisten (wenn sie nicht gerade wieder dick Freund mit Mussolini sind) geschürten Erregung der deutschen Bevölkerung, drei wöchentliche „Unterrichtskurse“ im Deutschen (an welchen Schulen?) zugegeben. Unter richtskurse in der eigenen Sprache erlaubt!

Der Podestà von Brixen hat einen Preis auf italienisch-deutsche Mischehen gesetzt. Ein Verfahren ganz im Sinne Hitlers — nur etwas anders angewendet.

In *Elßaß-Lothringen* hat die mehr oder weniger auf Trennung von Frankreich zielende sogenannte autonomistische Bewegung bei den Gemeindewahlen besonders in Straßburg eine schwere Niederlage erlebt. Der Kommunist Hueber ist infolge davon als Maire von Straßburg nicht mehr bestätigt worden.

Daß *Liechtenstein* den Proporz abgelehnt hat, sei bloß um der Nachbarschaft willen erwähnt.

2. *Deutschland.* a) *Der Terror.* *Der Antisemitismus* hat weiter getobt. In München haben vierzehn Tage lang Pogrome im kleinen besonders gegen jüdische Geschäftsleute stattgefunden, bis sie von Berlin aus (durch den Reichswirtschaftsminister) abgestellt wurden. In Breslau und m. W. auch anderwärts wurden „Staupfäulen“ errichtet, an denen die Namen von „arischen“ Frauen angeschlagen werden, die in irgendwelche Beziehungen mit Juden getreten seien. Solche Frauen seien an einzelnen Orten in öffentlichem Aufzug durch die Straßen geführt worden. Dagegen sei Streicher durch Einschreiten Blombergs, des Chefs der Reichswehr, eingedämmt worden. Von seinem Polizeipräsidium über Berlin ist nicht mehr die Rede und es soll sogar der „Stürmer“ eingehen müssen.

Die beiden Cabarets „Tingel-Tangel“ und „Katakombe“ sind wegen offener oder geheimer Verspottung des Regimes (das keinen Humor hat und keinen haben kann) geschlossen, ihre Schauspieler und Schauspielerinnen ins Konzentrationslager getan worden.

Eine Reihe von *Absetzungen* haben stattgefunden. Besonders bedeutsam ist die des Professors *Otto Hötzsch* in Berlin, der, in einer sehr gemäßigten Form zum konservativen Lager gehörig, die traditionelle Freundschaft mit Rußland pflegte und durch seine trefflich orientierte und orientierende Zeitschrift „Osteuropa“ in diesem Sinne großen Einfluß übte. Das will man nicht mehr. Wenn *Walter Jellinek* in Heidelberg (?), dessen Schrift über „Die Entstehung der Menschenrechte“ besonders bekannt und der, glaube ich, gar noch Jude ist, gehen mußte, so ist daran nur das zum Verwundern, daß es erst jetzt geschieht.

Zu den Absetzungen gesellen sich die Gleichschaltungen. Der deutsch-nationale „Druiden-Orden“ mit 200 Logen und 12.000 Mitgliedern ist aufgelöst worden. Es darf im Dritten Reich nichts Heimliches geben, außer den Konzentrationslagern und Nazikafern und — der Wahrheit! Auch ein Kleingärtner-Verein „Immergrün“ könnte den „Marxisten“ Unterchlupf gewähren. Gegen die Ernsten Bibelforscher geht man stets aufs neue vor. Die Weißenberggemeinde wird aufgehoben. (Von Weißenberg selbst später!) Ebenso der „Bürgerverein“ in Hamburg, die Zuflucht einheimischen Patriziertums. Auch Marauns einst so wichtiger „Jungdeutscher Orden“ verliert mit seinem übrigens harmlos gewordenen Organ „Nachbarschaft“ die letzte Äußerungsmöglichkeit. Die „Hamburger Nachrichten“, in die einst Bismarck schrieb, mußten eingehen.

Von den Maßregelungen der *Blätter*, die Erzbischof Bertrams Erlaß zu den Devifen-Prozessen gebracht hatten, ist anderwärts die Rede. Es sollen 40 Redaktoren suspendiert sein.

b) *Werke*. Die *Reichsautobahn* Frankfurt a. Main—Darmstadt, ein Schaustück des Hitler-Regimes (wie die Trockenlegung der Pontinischen Sümpfe eines des Mussolini-Regimes) ist mit dem üblichen Drum und Dran eingeweiht worden.

Das *Arbeitsbuch* mit dem Ausbildungsnachweis für Handwerker, von dem früher berichtet worden, ist am 1. Juni in Kraft getreten. Vielleicht einmal etwas Gutes!

Anträge auf *Sterilisierung* seien im letzten Berichtsjahr bei den „Erbgesundheitsgerichten“ 84,525 eingegangen und ihnen in 64,499 Fällen entsprochen worden.

c) *Außenpolitisches*. Der aus der Tschechoslowakei entführte *Lampertsberger* (oder *Lampersberger*?) ist auf die energische Einsprache der tschechoslowakischen Regierung wieder zurückgegeben worden. (Und Jacob?) Es sei aber der Schreiner Proft aus Prag verschwunden und man vermute einen ähnlichen Akt.

Die allgemeine *Wehrpflicht* soll auf der einen Seite so allgemein als möglich werden, sozuzagen vom Säugling bis zum Greis gehen (wie in Italien), aber doch auch, zum Schutze gegen „Staatsfeinde“, auf sorgfältigster Siebung beruhen.

d) Als Zeichen des *Widerstandes* gegen das Regime ist vielleicht neben dem Auftreten Blombergs gegen Streicher (falls es stimmt) die Tatsache eines Streikes von 6000 Arbeitern der Rüstungsfabrik Wanderer in Chemnitz und eines von 3500 Arbeitern bei den N. S. U.-Werken in Stuttgart zu nennen.

3. *Außereuropäisches. Das nationalistische und imperialistische Ringen.*

Japan unternimmt, die europäischen und amerikanischen Nöte und angebliche durch Banditen veranlaßte „Zwischenfälle“ benutzend, einen neuen Vorstoß gegen China, dessen Ziel die endgültige Herrschaft über Nordchina zu sein scheint. Ein Ultimatum scheint es zurückgezogen zu haben. Wo bleiben England und Amerika. — Davon im nächsten Heft mehr!

Eine Opposition aus einem anti-imperialistischen Geist gibt es in Japan offenbar auch noch. Davon zeugt die Absetzung des Professors *Minobé* an der Universität von Tokio, der zum Symbol dieses anderen Geistes wurde.

Die *Philippiner* haben die neue Verfassung, welche ihnen die in zehn Jahren völlig gewordene Unabhängigkeit zuspricht, und übrigens sehr demokratisch ist, mit gewaltiger Mehrheit angenommen. Wie sich infolge davon ihr Verhältnis zu den Vereinigten Staaten auf der einen und zu Japan auf der anderen gestalten wird, bleibt abzuwarten. Eingeweihte wissen es vielleicht schon jetzt.

Die *India-Bill*, welche Indien ein gewisses Maß von Autonomie verleiht, ist im Unterhaus endgültig mit großer Mehrheit angenommen worden. Die Indier werden wohl gut tun, damit einen Versuch zu machen. Es kommt oft weniger auf das Werkzeug an, als auf die Art, wie man es handhabt.

Der an einem Unfall mit dem Motorvelo verstorbene *Oberst Lawrence* war eine Abenteurernatur höherer Ordnung. Als solche spielte er, der Gelehrte, während des Weltkrieges und nachher im vorderen Orient, vor allem in Arabien, eine geradezu mystische Rolle. Der ganze Weltkrieg ließe sich in phantastischen Bildern um diese Gestalt konzentrieren. Wie viel Stoff gäbe es jetzt überhaupt für Dichter! Embarras de richesse im Maßstab der Unendlichkeit! Dabei scheint Lawrence auch ein *Ritter* gewesen zu sein, dem die *Befreiung* jener vorderasiatischen Welt als Ziel vorschwebte und der darüber schwerste Enttäuschungen erlitt. Aber doch zuletzt nicht bloß Enttäuschung.

Das *britische Weltreich* hat sich übrigens in London ein eigenes Bureau für die weltpolitischen Angelegenheiten des Reiches geschaffen.

In die Hölle des *Chaco* scheint nun doch endlich der Friede einzuziehen zu wollen. Paraguay und Bolivien haben, nachdem eine süd- und nordamerikanische Schlichtungskommission vorgearbeitet hatte, sich durch den Völkerbundsrat dazu bewegen lassen, einen dreißigtägigen Waffenstillstand anzunehmen, und, wenn dieser ablief, ohne den Friedensschluß herbeigeführt zu haben, ihren Streit vor das Haager Schiedsgericht zu bringen. Endlich! Von einem Erfolg des Völkerbundes kann man leider nach all dem Morden nicht im Ernste reden.

II. *Die Friedensbewegung.* Eine außerordentliche Versammlung des *Völkerbundes* hat im Mai getagt. Sie behandelte die Flüchtlings- und Paßfrage. (Nanfenpaß!) Aber nur in bezug auf die russischen und die Saarflüchtlinge, nicht in bezug auf die *deutschen* Emigranten. Dazu, wie schon erwähnt, den Chacokrieg. Ebenso den Streit zwischen Lester, dem Völkerbundskommissar von Danzig, und dem dortigen Senatspräsidenten Greiser, worin dieser nachgeben mußte. Die Marfeiller-Affäre wurde unter möglicher Vertuschung ad acta gelegt. Die abessinisch-italienische Sache vor die Vollversammlung zu bringen, verhinderte wieder die Angst vor Italien. Dagegen bemühte sich Eden mit äußerstem Aufgebot von Diplomatie, jene Kommission zustande zu bringen, von der anderwärts berichtet ist.

Von großer grundsätzlicher Tragweite waren die Verhandlungen über ein französisches Memorial, das sich, nicht ohne Beziehung auf die Umstellung Hitlers, mit der Frage der gegen einen Friedensbrecher anzuwendenden *Sanktionen* beschäftigt. Es scheint auf starken Widerstand besonders von Seiten der Neutralen, der ewigen Nichtstunwoller, gestoßen zu sein.

Von der Stärke der Friedensbewegung besonders in den angelfächsischen Ländern zeugen u. a. zwei Tatsachen: der Einspruch von 201 „religiösen Führern“ bei Roosevelt gegen die Flottenmanöver im Pazifischen Ozean, und der englische Peace ballot, die von den englischen Völkerbundsligen veranstaltete Abstimmung über einige Hauptprobleme der Kriegs- und Friedensfrage. Ihr vorläufiges Ergebnis, das durch die noch fehlenden Zahlen in seiner Tendenz sicher nur verstärkt werden wird, ist folgendes: Es haben sich bis Mitte Mai 8,750,000 Männer und Frauen an der Abstimmung beteiligt. Davon erklären 97 Prozent, daß England im Völkerbund bleiben solle. 92,5 Prozent fordern die allgemeine Abrüstung, 84,9 Prozent die Luftabrüstung, 93 Prozent die Beseitigung der privaten Rüstungsindustrie; 94 Prozent erklären sich für einen wirtschaftlichen Boykott, 74,5 Prozent für ein militärisches Vorgehen gegen einen Angreifer.

In Luzern ist wieder ein Ernster Bibelforscher wegen *Dienstverweigerung* verurteilt worden. Die Strafe ist sehr milde. Gut und erfreulich, aber warum gegen

die andern, die ebenso ernste Motive haben, so hart? Etwa, weil man Leute, die sich so auf die Bibel berufen, wie die Ernsten Bibelforscher, für gelinde unzurechnungsfähig hält?

Der stärkste Protest gegen den Krieg, den es gegenwärtig gibt, bleibt *Philipp Vernier* in seiner Isolierzelle auf dem Fort bei Marseille. Gedenket seiner und kämpfet auch für seine Befreiung!

III. *Wirtschaftliches und Soziales.*

Große *Streike* haben in Frankreich stattgefunden. So einer des Schiffspersonals in Le Havre, der die Ausfahrt der „Normandie“ eine Zeitlang verhinderte, und einer der *Midinettes*, d. h. des weiblichen Personals einiger großer Warenhäuser in Paris. Beide sind erfolgreich verlaufen. Den Streik drohen aus politischen Gründen an die belgischen und amerikanischen Kohlengrubenarbeiter.

Die „New York Post“ beleuchtet unsere Zustände durch folgende den Statistiken von 50 Ländern entnommenen Tatsachen: 2,400,000 Menschen sind im Jahre 1934 an Unterernährung gestorben. 1,200,000 haben sich das Leben genommen in direktem Zusammenhang mit dem Mangel an Lebensmitteln. Dabei sind absichtlich zerstört worden: Mehr als eine Million Waggon Getreide; 267,000 Waggon Kaffee; 258 Millionen Kilo Zucker; 26 Millionen Kilo Reis; 25 Millionen Kilo Fleisch. Nicht inbegriffen sind also in diesen Zahlen die durch Elementarereignisse (Trockenheit, Ueberschwemmungen, Erdbeben usw.) vernichteten Lebensmittel.

IV. *Schweizerisches.* Der Fall *Jacob* harret immer noch der Erledigung. Man hat inzwischen erfahren, daß *Jacob* besonders auch durch zwei Tatsachen sich den tödlichen Haß der heutigen deutschen Machthaber zugezogen hat: Er kennt wie kein Zweiter die Beziehungen zwischen den Herren von Seekt (und General Schleicher!) und der sogenannten schwarzen Reichswehr, und er hat die Rolle aufgedeckt, die der heutige Staatsanwalt beim Volksgericht, Jörns, in der Affäre Liebknecht-Luxemburg gespielt hat. Wenn man das bedenkt, und dazu die frische Lektüre der „Moorfoldaten“, wie die Erinnerung an den 30. Juni, im Kopfe hat, dann kann man nur schwer glauben, daß diese Beute lebend wieder herausgegeben werde. Dabei ist aber festzustellen: Wenn es eines Tages heißen sollte: „Berthold *Jacob* hat sich im Gefängnis erhängt (das heißt also: „Er ist im Gefängnis umgebracht worden“), dann fällt eine sehr schwere Schuld auf das Schweizervolk im allgemeinen und Herrn *Motta* im besonderen.

Inzwischen überfliegen deutsche Flugzeuge wiederholt die schweizerische Grenze. *Eduard Behrens*, der immer interessante, wenn auch sehr sprunghafte, Berliner Korrespondent der „Nationalzeitung“, ist endgültig aus Deutschland verwiesen und bei Wiederkehr mit einem Jahr Gefängnis bedroht. Im Angesicht dieser Tatsachen, wie der Beschimpfung durch *Göring*, hat der Nationalrat so etwas wie eine Tat getan: er hat die 36,000 Franken Subvention für die Beteiligung an der *Olympiade in Berlin*, hauptsächlich auf Betreiben der Sozialdemokraten, gestrichen. Darüber freut sich jeder, der noch den Namen eines Schweizervolkes verdient. Wenn die „Neue Zürcher Zeitung“ Hand in Hand mit der „Front“ über diesen Beschluß ein Gejammer erhebt, dann zeigt dies zum tausendsten Mal, wo die Verteidiger und wo die Verräter der Schweiz zu suchen sind.¹⁾

Groß wird dann aber der Eifer dieser Herren, wenn es gilt, eine *Bundespolizei* zu schaffen. Denn sie hoffen wohl, und mit Recht, diese werde sich rasch

¹⁾ Wer trotz allen bisherigen Erfahrungen sich zum Glauben verleiten ließ, unsere Tellenföhne und heldenmütigen „Landesverteidiger“ könnten einmal Zivilkourage zeigen, sieht sich aufs neue enttäuscht: auf das ungnädige Augenzwinkern der Herren des Dritten Reiches und das wüste Drohen des „Sport“ mit Rache bei den Wahlen, hat nicht nur der Ständerat den Kredit fast einstimmig bewilligt, sondern ist auch der Nationalrat umgefallen, bis auf die Sozialisten und ein paar wenige „Aufrechte“ unter den Bürgerlichen.

18. Juni.

gegen den „innern Feind“ ausbauen lassen. Den gegen die Kriseninitiative heraufbeschworenen Föderalismus lassen sie zu diesem Zwecke wieder ruhig in die Verfenkung zurückkehren.

Die Behandlung der *schweizerischen Kriegsschäden* ist vom Völkerbund endgültig und ziemlich brüsk abgelehnt worden. Vielleicht spielte dabei doch ziemlich stark die Ueberlegung mit, ein Land, das dem Völkerbund nie etwas geben, wohl aber ihn benutzen wolle, wo es ihm passe, verdiene nicht allzu viel Rücksicht. Man bedanke sich bei Herrn Motta!

Am Abend des 1. Juni ist in Genf einiger Krawall zwischen Faschisten und Antifaschisten entstanden. Rasche Ausbeutung für den 2. Juni in Genf und viel Aufregung im ganzen Land der Philister.

Für die schwer leidende *Hotellerie* hat Herr Duttweiler vom Migros einen Rettungsplan aufgestellt. Die Hotels sollen in der „stillen“ Zeit bei bedeutend billigeren Preisen für das mindere Volk, also vor allem Schweizer, zugänglich sein. Da und dort versucht man die Verwirklichung. Eine gute Idee mit schlechter Anwendung! Die *ganze Hotellerie* müsste so umgestaltet werden, wie ich es schon in der „Neuen Schweiz“ verlangt habe. Aber es muß vorher offenbar noch Einiges geschehen!

V. *Kirche und Religion*. In *Griechenland* ist es über einer Neuauflage des Streites zwischen dem julianischen und gregorianischen Kalender zu einer Kirchenspaltung gekommen. Er hat einst auch bei uns viel Aufregung erzeugt. Man sollte freilich meinen, die Kirche hätte gerade heute Wichtigeres zu tun. Oft verstecken sich freilich hinter solchen Symbolen tiefere Tatsachen.

Die *römische Kirche* hege die Absicht, ihre *Vereinigung mit der griechischen* dadurch zu fördern, daß sie den Patriarchen ihres orientalischen Zweiges das gleiche Recht bei der Papstwahl einräume, wie es die Kardinäle besitzen.

Das 79jährige Oberhaupt der *Weißenberg-Gemeinde*, *Josef Weißenberg*, ist schwerer sittlicher Vergehen an jungen Mädchen angeklagt. Sind diese Wahrheit oder bloß Erzeugnisse des Hitlerfchen Verleumdungssystems?

VI. *Natur und Kultur*. 1. Ungeheure *Sandstürme* verheeren den mittleren Westen der Vereinigten Staaten. Ob nicht menschlicher Raubbau an der Natur daran schuld ist?

Auf *Ceylon* sollen von fünf Millionen Einwohnern 500,000 an der *Malaria* erkrankt und 54,000 daran gestorben sein. Welche Dämonenherrschaft!

In *Beludschistan* (Indien) hat ein Erdbeben besonders die Stadt Quetta zerstört. Die Todesopfer werden auf 50,000 geschätzt.

2. Welch eine Torheit mit der „*Normandie*“, dem größten und schnellsten Schiff der Erde, welches damit das „*Blaue Band des Ozeans*“ erringt und morgen von einem andern übertroffen werden wird, bis wieder eine *Titanic-Katastrophe* eintritt.

Die amerikanischen *Rothhäute* erlebten eine Renaissance. Ihre jetzt etwa 185,000 Köpfe betragende Zahl vermehre sich wieder. Roosevelt hat ihnen zehn Millionen Dollar für „*genossenschaftlichen Handel*“ und „*Verteidigung ihres Landes*“ angewiesen und ist dafür zum großen Häuptling ernannt worden. Warum nicht auch solches erwähnen? Man muß für alles ein Herz haben!

11. Juni.

Zur *schweizerischen Lage*.

In dem gewaltigen Ringen um die *Krisen-Initiative* ist diese unterlegen. 566,000 gegen 425,000. Diese Mehrheit von 141,000 Stimmen ist viel größer als man für den Fall der Niederlage der Initiative annehmen mußte. Die Tatsache dieses Ausgangs wird eine Zeitlang die *schweizerische Lage* beherrschen. Das bedeutet: Gesiegt hat die vereinigte Reaktion. Und zwar nicht mit den Gründen, die auch Gegner der Reaktion zu Ungunsten der Initiative anführen konnten,

fondern durch ein Aufgebot des ganzen Apparates zur Volksbelügung, den sie sich im Laufe der letzten anderthalb Jahrzehnte aufgebaut hat. Da rückte in erster Linie das angeblich bedrohte Sparheft auf. Damit kann man den Schweizer sofort um allen Verstand bringen. Daß die verkleinerten Löhne und andere Folgen der Verwerfung des Sparhefts viel sicherer gefährdeten als die Initiative, konnte er in seiner Angst nicht mehr überlegen. Hinter dieser verlogenen Drohung stand der angeblich durch die Initiative gefährdete Franken. Hinter ihm die vermehrte Arbeitslosigkeit. Hinter dieser die vergrößerten Steuern. Hinter diesen vorge-täuschten materiellen Gefahren aber erschienen die ideellen. Die Initiative wurde zu einem „marxistischen Vorstoß“ (man denke sich dazu das Gesicht von Karl Marx!), ihr Sieg zu einer Herrschaft des Sozialismus, ja Kommunismus. Moskau mit dem Bolschewik tauchten im Hintergrund auf. Das Motiv ist etwas verbraucht kann aber nicht ganz entbehrt werden. Und so mußte natürlich auf einem der Plakate wieder der Wilhelm Tell mit seiner Armbrust aufrücken — zum Schutz des Geldsackes! Aber nicht genug: Auch der Föderalismus war in Gefahr. Und wieder nicht genug: auch das Christentum! Sogar der Antichrist (ohne den die Frommen es ja nicht mehr tun!), ja Luzifer oder Satan wurden als Urheber der Initiative aufgeboten. „Das Ende der freien Schweiz“ als Folge eines Sieges der Initiative wurde zu einer Teilerscheinung des allgemeinen Weltunterganges.

Immer offener arbeitete man mit einer umfassenden Einschüchterung aller stark abhängigen Existenzen, was in dieser Zeit des bedrohten Arbeitsverdienstes große Wirkung tut. Die Sparbanken warnten ihre Gläubiger. Sogar die schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft ließ sich, als eine politisch neutrale Vereinigung, die sie zu sein behauptet, zu einem Aufruf gegen die Initiative mißbrauchen. „Politisch neutrale“ Frauenblätter erlaubten sich das Gleiche. Die sieben Bundesräte wurden vollends zu Sekretären des aus den dicksten Reaktionen bestehenden Komitee gegen die Initiative. Das Radio steht bekanntlich in der Schweiz für politische Dinge nur dem Bundesrat und — Hitler zur Verfügung. Und dann kam die „Neue Zürcher Zeitung“ und redete von einer Niederlage der Demagogie! Ich glaube in dieser Sache genug Unbefangenheit und kühles Blut bewahrt zu haben, um feststellen zu dürfen, daß die Befürworter der Initiative, soweit sie wirklich Demagogie geübt haben, in dieser Kunst von den Gegnern turmhoch übertroufen worden sind.

Zweierlei ist an dieser Tatsache gleich traurig. Einmal die abgründige Verachtung des Volkes, die aus dieser Art, es zu behandeln spricht. Das ist schon vollendeter Faschismus, der nur noch eine ganz, ganz dünne, ganz, ganz durchsichtige demokratische Maske abzuwerfen braucht. Für wie dumm und gemein müssen diese Leute das Volk halten, daß sie ihm mit solchen Argumenten kommen! Umso trauriger aber ist — und das ist das Zweite —, daß sie damit immer wieder Erfolg haben, daß die Volksmassen sich immer wieder durch solche Mittel betören und in den Dienst ihrer Herren und Verächter stellen lassen.

Nachdem dies festgestellt ist, muß nun aber durchaus zugegeben werden, daß die Initiative auch an ihren *wirklichen* Fehlern zu Fall gekommen ist. Und da muß man nun in allererster Linie den verhängnisvollen Mißgriff nennen, den ihre Urheber begingen, als sie der Bundesversammlung diese unglaubliche Kompetenz zuerteilen wollten. Das hat zum mindesten hunderttausend Stimmen gekostet. Hatten denn jene Väter der Initiative (vielleicht weil ein Teil von ihnen Nationalräte oder Ständeräte sind?) keine Ahnung von der Volksstimmung, die nun einfach für alle Diktate von Bern aus ganz und gar unempfänglich geworden ist? Glaubten sie, man habe Lust, neben die bundesrätlichen „Dringlichkeitsbeschlüsse“ noch die der ohnehin bis auf weiteres vom Bundesrat beherrschten Bundesversammlung zu setzen? Ich bin zwar überzeugt, daß dergleichen in Wirklichkeit nicht geschehen wäre, weil es unmöglich ist, aber diese Lofung gegen die „Diktatur des Parlamentes“ hat eine große Wirkung gehabt. Nicht ganz mit Unrecht. Und ich gestehe meinerseits, daß ich selber nach wie vor gegen allen Etatismus und Zentralismus bin. Wenn ich für die Initiative gestimmt habe, so nur aus den

Gründen, die ich schon in den letzten Heften entwickelt habe und sofort wieder berühren werde.

Aus *diesen* Gründen hat mich die Entscheidung vom 2. Juni, besonders mit ihrer allzu großen Mehrheit, tief betrübt. Ich bin überzeugt, daß die schlimmen Folgen, welche auch Freunde des Grundgedankens der Initiative von ihrer Form und einzelnen ihrer Forderungen erwarteten, in Wirklichkeit nicht so schlimm gewesen wären und eine Annahme wesentlich bloß als Demonstration für eine Wendung in unserer ganzen Politik gewirkt hätte. Aus dieser wachsenden Ueberzeugung bin ich, umgekehrt wie viele andere, immer mehr für die Initiative warm geworden, mehr als noch in meinen letzten Aeußerungen darüber zum Ausdruck kam. Ihre Annahme wäre ein mächtiger Stoß in Schlaf und Sumpf unserer bisherigen politischen Lage gewesen. Es hätte Leben, *neues* Leben, gegeben. Und vor allem Eines: das Schweizervolk hätte gezeigt, daß es noch des *Entschlusses* fähig sei, daß es nicht nur fähig sei, Böses zu verwerfen, sondern auch Gutes anzunehmen. Diese Probe hat es nicht bestanden. Wir hätten wieder einmal die Freude einer stürmischen und schöpferischen *Volksbewegung* erlebt — sie ist uns verlagert geblieben.

Und nun?

Wenn wir uns nun der Lage zuwenden, wie sie durch den Sieg der vereinigten Reaktion entstanden ist, so müssen wir, zum Uebergang, noch *eine* Tatsache hervorheben: Einen ganz wesentlichen Faktor der Verwerfung hat die offizielle Haltung *der katholischen Kirche* und die ihrer Organe gebildet. Was hat diese Haltung veranlaßt? Allerlei mag dabei zusammengewirkt haben, Edleres und Unedleres. Was die edleren Motive betrifft, so ist an die in der katholischen Schweiz von den Tagen des Kulturkampfes, ja des Sonderbundes her immer noch vorhandene gesteigerte Abneigung gegen „Bern“ und gegen weitgehende Staatsgewalt zu denken. Sie hat gewiß bei der besonders starken Verwerfung durch die vorwiegend katholischen Gegenden mitgewirkt. Man bedenke dazu ein anderes: Das offizielle katholische Ziel einer neuen politisch-wirtschaftlichen Gestaltung ist der Ständestaat. Er ist die Forderung der Enzyklika *Quadragesimo Anno*. Dieses Ziel wäre durch eine Entwicklung nach der Richtung hin, auf welche die Initiative deutete, schwer gefährdet worden. Aus solchen Ueberlegungen muß man sich wohl den Erlaß des Bischofs Scheiwiler von St. Gallen erklären. Denn er ist ja im übrigen wohl der am meisten „links“ stehende der schweizerischen Bischöfe. Aber es ist mir fraglich, ob dieses Motiv im übrigen eine so große Rolle gespielt hat. Es liegt wohl für die Masse der katholischen Macher der Politik zu hoch. Wir haben vielmehr wieder eine Auswirkung der Tatsache vor uns, daß unser schweizerischer Katholizismus noch gar sehr an den Wagen des Kapitalismus und kapitalistisch-bürgerlichen Liberalismus gespannt ist. Allerdings ist nun die Lage so, daß der Wagen bald umgedreht sein wird. Immer deutlicher kündigt sich eine katholische Führung des „freisinnigen Bürgertums“ an, das in seiner Angst um den Geldsack („Ruhe und Ordnung“ genannt) all seine früheren Ideale ziemlich restlos verloren hat. Dieses Bündnis von Geldsack und Weihrauchfaß hat also am 2. Juni gesiegt und wird weiter zur Signatur der schweizerischen Lage gehören. Die Hypothese ist nicht unerlaubt, daß der „Freisinn“ diese ganz auffallende Unterstützung durch den offiziellen Katholizismus mit allerlei Versprechungen erkaufte, die für ihn einen Verkauf der Seele bedeuteten, während es für uns Sozialisten selbstverständliche Folgerungen aus unserem — Liberalismus wären. Aber der Sozialismus ist der Feind — und wenn er ernsthaft „religiös“ würde, erst recht. Es gibt jedoch — dessen bin ich sicher — auch in der Schweiz sehr viele Katholiken, denen dieses Bündnis zwischen Geldsack und Weihrauchfaß immer weniger gefällt. Es wird für die Kirche auch sicher zum Verhängnis werden.

Fügen wir noch hinzu, daß ähnliche Ueberlegungen wie den offiziellen Katholizismus die *Frontenbewegung* zu ihrer Haltung bestimmt haben. Die Fronten hätten im Grunde genommen durchaus *für* die Initiative stimmen müssen, vorausgesetzt, es wäre ihnen mit ihrer „sozialen Revolution“ ernst. Aber auch ihnen

würde durch eine Politik im Sinne der Initiative ihr politisches Konzept verdorben. Diese Politik würde die Wasser der Unzufriedenheit, von denen die Fronten ihre Mühlen treiben lassen, in das Strombett einer sozialen Demokratie (nicht mit Sozialdemokratie zu verwechseln!) leiten. Sie würde den *Faschismus* am sichersten verhindern. Demokratie wollen die Fronten aber nicht. Es leuchtet auch unter diesem Gesichtspunkt ein, wie fraglich die Taktik war, die im Namen der Demokratie die Kriseninitiative bekämpfte.

Und noch etwas anderes muß festgestellt werden. Die Kreise, welche nun am wütendsten die Initiative bekämpft haben, sind die gleichen, welche sonst am lautesten über den „Klassenkampf“ der „Marxisten“ zetern und am salbungsvollsten von „Volksgemeinschaft“ reden. Nun gehört zum Sichersten des Sichern, daß die Initiative eine solche Volksgemeinschaft im Auge hatte und damit eine Ueberwindung des Klassenkampfes. Aber sie forderte dafür gewisse solidarische Opfer, und zwar auch von den Rufnern gegen den Klassenkampf und Verkündigern der Volksgemeinschaft. Das genügte für diese, um den ungeheuren Lärm anzustellen, den wir nun gehört haben, um eine Hetze gegen den Volksteil, der hinter der Initiative stand, einzuleiten, vor welcher alles verblaßte, was auch die Kommunisten je geleistet. Nun waren die Urheber und Vertreter einer Aktion der Ueberwindung des Klassenkampfes wieder die „Hetzer“ und „Wühler“. Vielleicht daß mit der Zeit auch die jetzt noch allzu naiven, schwer betrogenen Massen merken, wo die schlimmsten „Hetzer“ und „Wühler“ zu finden sind.

Das wäre also die Lage, soweit die siegreiche „Front“ in Betracht kommt. Wobei man allerdings nur an die „Führung“ denken darf, nicht an die „Geführten“.

Und nun die *andere* „Front“. Damit gelangen wir endlich zu der Hauptsache. Die Krisen-Initiative war die Fahne, welche *diese* „neue Front“ erhob. Das war ihre eigentliche Bedeutung, alles Einzelne beinahe Nebensache. Es war die „Volksfront“ oder „Front der Arbeit“, jedenfalls die antikapitalistische Front, die Front, die alles Volk umfaßt, das vom Kapitalismus nicht Gewinn hat, sondern von ihm eigentlich nur ausgebeutet wird, also neben den Arbeitern vor allem die Bauern und Angestellten nebst dem unteren Mittelstand. Diese ist in der Volkswegung, welche sich zuletzt um die Initiative sammelte, hervorgetreten. Das war das Neue und Große. *Dafür* konnte der Schreibende sich einsetzen und in *diesem* Sinne sich für die Initiative erwärmen und ihre Annahme erhoffen.

Und nun — wie steht es mit dieser Front nach dem 2. Juni?

Eine dreifache Betrachtung drängt sich auf.

Diese Front bleibt *richtig*. Sie verkörpert einen richtigen, ja notwendigen politischen Gedanken — man könnte einmal sagen, *den* politischen Gedanken, der heute allein Verheißung hat. Auf dieser Linie muß der Weg weitergehen.

Aber dieser politische Gedanke muß ungleich besser vertreten werden, als dies bisher geschehen ist. Diese „Front der Arbeit“ ist doch viel zu rasch und viel zu oberflächlich für den Dienst der Parteipolitik zusammengetrommelt worden. Auch die Krisen-Initiative ist sicher durch solche Gesichtspunkte stark beeinflusst gewesen. Der gegnerische Vorwurf, daß sie stark auch auf die Herbstwahlen zur Bundesversammlung berechnet sei, war wohl nicht ganz ohne Grund. Jedenfalls hat ihr dieser Geruch der politischen Mache sehr geschadet. Es muß ins Licht gestellt werden, daß der Gedanke dieser antikapitalistischen Front nicht rein und tief genug gefaßt worden ist. Er hat bis jetzt auch keine wahrhaft großen Führer gefunden.

Das gilt von den *beiden* Hauptelementen der neuen Bewegung.

Was die von der *bürgerlichen* und *bäuerlichen* Seite kommenden Bestandteile dieser neuen Front betrifft, so haben wir schon oft genug darauf hingewiesen, welcher schwerer Fehler es sei, zur Herstellung *dieses* „front commun“ zuerst den Sozialismus zertrümmern zu wollen, was mit seiner Bekehrung zur sogenannten Landesverteidigung geschehen ist. Das ist und bleibt der politische Sündenfall eines Gadiant und Schmid-Ammann. Eine erste Frucht davon ist die Verwerfung

der Initiative. Sie haben mit der Bekämpfung des Antimilitarismus (wie mit der damit verbundenen Bejahung der Lex Häberlin II) eine der stärksten Quellen jenes radikalen Enthusiasmus verchüttet, ohne den es keine fortreißende Volksbewegung gibt, und die Erstgeburt des Glaubens an das Linfengericht machtpolitischer Berechnung dahingeben.

Aber noch viel mehr gilt von dem *sozialistischen* Bestandteil der neuen Front, daß er für diesen politischen Gedanken gar nicht richtig vorbereitet war. Wir müssen hier noch ein wenig weiter ausholen. Man hat, wie wir schon bemerkt haben, der Initiative ihren sozialistischen, ja „marxistischen“ Sinn vorgeworfen. Daß es lächerlich ist, in diesem Zusammenhang von Marxismus zu reden, haben wir auch schon angedeutet. Denn das, was die Initiative erstrebte, war durchaus das, was man in der Sprache des Marxismus *Reformismus* nennt. Wäre es in dieser Richtung gegangen, so wäre das direkt eine Bewahrung vor dem „Marxismus“ gewesen. Aber so töricht dieser Vorwurf der Gegner auch war, so bleibt doch richtig, daß die Initiative einen Hinweis auf einen volksumfassenden neuen Sozialismus bedeuten *konnte*, daß ein Sozialismus, der die Stunde versteht, in *dieser* Richtung gehen muß. Ebenso richtig ist jedoch, daß unser heutiger Sozialismus dafür noch nicht tauglich ist, zum mindesten nicht in seinen sogenannten Führern. Woher sollten ein Grimm, ein Reinhard, ein Schmid, ein Huber, ein Heeb, ein Oprecht auf einmal *diesen* Sozialismus haben? Er bedeutet ja den völligen Bruch mit jenem Vulgär-Marxismus, von dem sie bisher gelebt haben. Ueberwunden kann dieser nur werden durch einen *organischen* Sozialismus, der seine letzten Wurzeln in einer ganz andern *Weltanschauung* hat, als diese Leute sie bis jetzt vertreten haben. Die „antikapitalistische Front“ ist für diese „Führer“ ein Stück machtpolitischer Macht, nicht mehr. Und auch sie haben am 2. Juni geerntet, was sie gesät haben. Wenn die Arbeiterschaft nur mit mäßigem Schwung für die Initiative eingetreten und die Bauernschaft zum größten Teil nicht mitgegangen ist, so ist das unter anderem auch eine Frucht des 24. Februar und überhaupt des ganzen Mißtrauens gegen den Opportunismus der sozialistischen Führung.

Vielleicht wird gerade der Schiffbruch eines ersten Versuches der „Front der Arbeit“ solchen, die Augen haben, um zu sehen, zeigen, daß nicht die Entmannung des Sozialismus oder die Flucht aus dem Sozialismus hinter die Schutzmauer einer patriotischen Bürgerlichkeit diese Front zu einer wirklichen, lebendigen und sieghaften machen kann, sondern bloß ein radikaler, aber echter, aus seinem eigenen tiefsten Sinn und seiner eigenen letzten Quelle erneuerten Sozialismus.

Darum, weil diese ganze neue Politik doch noch nicht tief genug begründet und rein genug herausgearbeitet und vertreten ist, war die Niederlage vom 2. Juni vielleicht doch nicht ein großes Unglück. Jedenfalls ist sie keine Katastrophe, vielleicht eher die Bewahrung vor einer Katastrophe, die nach einem *Siege* hätte eintreten können. Die 425,000 Ja, hinter denen mindestens 100,000 stehen, die im Grunde hätten Ja sagen müssen, genügen vielleicht, um einen allzu gefährlichen Vorstoß der siegreichen Reaktion abzuhalten. Es muß auf der Linie, welche den Besten der Vertreter der Krisen-Initiative vorschwebte, weiter gearbeitet und gekämpft werden. Der neue Sozialismus, der ebenso radikale wie umfassende Volkssozialismus, muß herausgearbeitet, seine tiefsten und reinsten Quellen aufgedeckt werden. Daß er sich nur in einem recht verstandenen *religiösen Sozialismus* erfüllen und vollenden kann, ist meine feste Ueberzeugung. 4. Juni.

Die Verfolgung der heutigen Ketzer.

Nach den Pfarrern und neben ihnen die *Lehrer*. Einen ganz besonders krassen Fall von Verfolgung der freien politischen Ueberzeugung leistet sich die Stadt Glarus. Dort wirkte an der höheren städtischen Schule seit einiger Zeit *Doktor Feldmann*. Ein ganz ausgezeichnete Lehrer! Aber er hatte einen fundamentalen Fehler: er ist Antimilitarist. Und er ist, obschon nicht Mitglied einer Partei, So-

zialist. Nicht, daß man wagte, ihm antimilitaristische oder sozialistische Agitation in der Schule vorzuwerfen.¹⁾ Aber er gestaltete seinen Unterricht freilich so, daß nicht die Schlacht bei Näfels als Mittelpunkt und Höhepunkt aller Geschichte erschien, nach welcher man so frei geworden, daß nun jegliche Matadoren- und Geldherrschaft, jegliche Ausbeutung und Verklavung des Volkes durch eine Herren- und Besitzerkaste lauter Freiheit und Demokratie wäre. Und er gab Unterricht in Arbeitervereinen! Ja, er sei sogar für die Kriseninitiative gewesen! Das ging dann doch über das im Lande der Schlacht bei Näfels Erlaubte! Das war schon Kommunismus! So wurde Doktor Feldmann entlassen, ohne ehrliche Angabe der Gründe. Die Schweizerische Telegraphenagentur verbreitete willig die Lüge, daß es wegen kommunistischer Gesinnung geschehen sei.

In Wirklichkeit stehen wir vor einem brutalen Akt bürgerlich-kapitalistischer Matadoren-Herrschaft. Wieder ist zum Aufstehen zu mahnen. Solche Vorkommnisse sind eine Schändung der Demokratie und ein Hohn auf die Schlacht bei Näfels. Viel schlimmere Vögte als damals regieren heute an vielen Orten. Doktor Feldmann aber darf das Bewußtsein haben, die „Schlacht bei Näfels“ zu kämpfen, die *heute* nötig ist. Wir hoffen, daß er das bald an einer neuen Stelle tun dürfe, die seinen Fähigkeiten noch besser entspricht, als die, von der ihn nun eine dickköpfige und bösertige Reaktion vertreibt.

Nachtrag. In meinem Artikel über die Verfolgung antimilitaristischer Pfarrer im letzten Hefte hat sich neben einigen Druckfehlern ein Irrtum eingeschlichen.

Auf dem Schloß in Siders sitzt nicht mehr ein Oberst, sondern eine steinreiche, sehr fromme und sehr militärpatriotische Witwe. Das ändert natürlich an der Sache nichts Wesentliches.

Es darf hier auch das nicht unerwähnt bleiben, daß im schlimmsten Lichte in *Siders* nicht die Rüstungsindustrie dasteht und auch nicht die militärpatriotische Laienfrömmigkeit, sondern die *Geistlichkeit*. Aber beileibe nicht etwa die Kollegen im Wallis, die sehr ritterlich zu Pfarrer Waldvogel stehen, auch wo sie in den Ansichten nicht ganz mit ihm übereinstimmen, sondern gewisse im Hintergrund wirkende, in dieser Sache sehr einflußreiche Persönlichkeiten.

Für die Ferien. Freunden und Gesinnungsgenossen, die etwa in den Ferien nach *Grenoble* (Frankreich) kommen sollten, sei die kleine Pension, die dort unsere Freundin Frau *Alice Herz* hält, aufs wärmste empfohlen. Sie werden daselbst ein einfaches, aber vom besten Geist erfülltes, warmes und trautes Heim finden. Das gilt übrigens nicht bloß für die Ferien! (Adresse: Frau *Alice Herz*, 2 Boulevard du Parc, *Grenoble*, France. Weitere Auskunft erteilt gern der Redaktor.)

Die Gemeinde der Dahingegangenen.

Jane Addams, die fünfundsiebzigjährig von uns gegangen ist, dürfen wir wohl auch zu den Unfrigen zählen. Sie ist zuletzt, besonders seit Ausbruch des Krieges, eine der großen Vorkämpferinnen gegen den Krieg gewesen und hat als

¹⁾ Eine Erklärung des *Glarnerischen Lehrervereins* zu *Gunsten* von Doktor Feldmann, die mir nachträglich zu Gesicht kommt, behauptet, daß in der ersten Zeit seiner Wirksamkeit Doktor Feldmann wohl etwa solche Agitation getrieben hätte. Da muß man allerdings fragen: „Was heißt: Agitation treiben?“ Es gibt viele, die es schon als Agitation betrachten, wenn ein Lehrer oder Pfarrer eine bestimmte *Gesinnung* hegt. Davon wüßte der Schreiber auch ein Liedlein zu singen.

Im übrigen: Auch wenn Doktor Feldmann Agitation für den Antimilitarismus und Sozialismus getrieben hätte, so treiben zahllose Lehrer jahraus jahrein jeden Tag Agitation für den *Militarismus* und *Kapitalismus*, und niemand krümmt ihnen deswegen ein Haar. Genau so, wie es mit den *Pfarrern* geht.